

# **BR/GT I/164 d/72**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

**Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.**



---

- Sekretariat -

Von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgelegte

A r b e i t s u n t e r l a g e

für den Entwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungs-  
verfahren

Vorschläge zu den Artikeln 132 und 133 der vom engeren Redaktionsausschuß der  
Regierungskonferenz ausgearbeiteten Neufassung des Entwurfs sowie neue Artikel  
133 a, 159 a und 159 b

in synoptischer Darstellung mit

dem Zweiten Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungs-  
verfahren



REGIERUNGSKONFERENZ  
UEBER DIE EINFUEHRUNG  
EINES EUROPÄISCHEN  
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 18. April 1972  
BR/GT I/164/72

---

- Sekretariat -

Von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgelegte

A r b e i t s u n t e r l a g e

für den Entwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungs-  
verfahren

Vorschläge zu den Artikeln 132 und 133 der vom engeren Redaktionsausschuß der  
Regierungskonferenz ausgearbeiteten Neufassung des Entwurfs sowie neue Artikel  
133 a, 159 a und 159 b

in synoptischer Darstellung mit

dem Zweiten Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungs-  
verfahren



## ERLÄUTERUNGEN

Zweiter Vorentwurf

bedeutet: Zweiter Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren unter Berücksichtigung der im Dokument BR/139/71 vom 6. Dezember 1971 enthaltenen Änderungen.

--- unter dem Text in der Spalte  
"Zweiter Vorentwurf"

bedeutet, daß der so gekennzeichnete Text in der Spalte "Vorschlag des Vorsitzenden" entfällt.

— unter dem Text in der Spalte  
"Vorschlag des Vorsitzenden"

bedeutet, daß der so gekennzeichnete Text gegenüber dem 2. Vorentwurf neu aufgenommen worden ist. Völlig neue Absätze sind jedoch nicht unterstrichen.

Vorbemerkung

- I. Das Problem der Vertretung vor dem Europäischen Patentamt wurde von den nicht-staatlichen internationalen Organisationen auf ihrer Anhörung anlässlich der 5. Tagung der Regierungskonferenz erörtert (vgl. Bericht über die 5. Tagung der Regierungskonferenz, 2. Teil, Punkt 150 bis 158 - BR/196/72).

Eine einheitliche Stellungnahme der internationalen Organisationen wurde nicht erzielt. Die internationalen Organisationen der Industrie und die der Patentanwälte wollten miteinander Fühlung aufnehmen, um, wenn möglich, der Konferenz einen gemeinsamen Vorschlag vorzulegen. Soweit dem Vorsitzenden bekannt ist, scheint mit einem gemeinsamen Vorschlag der obengenannten internationalen Organisationen nicht zu rechnen zu sein.

Auf der 11. Sitzung der Arbeitsgruppe I hat es der Vorsitzende im Hinblick auf die kurze Zeit für den Abschluß der Arbeiten der Konferenz noch zur Verfügung stehenden Zeit übernommen, für die 2. Sitzung des Koordinierungsausschusses Vorschläge für die Regelung der Vertretung vor dem Europäischen Patentamt zu unterbreiten.

- II. Der Vorsitzende legt mit dieser Arbeitsunterlage diese Vorschläge vor. Er geht dabei unter Berücksichtigung des Vorbringens der internationalen Organisationen auf der 5. Tagung der Regierungskonferenz von folgenden Grundsätzen aus:

1. Es sollte zwischen einer Regelung für eine Übergangszeit und einer endgültigen Regelung unterschieden werden.

Für die Übergangszeit sollte das nationale Recht der Vertragsstaaten maßgebend sein mit gewissen Ausnahmen. Für die endgültige Regelung sollten nur die Grundzüge festgelegt werden und dem Verwaltungsrat die Ermächtigung gegeben werden, die Einzelheiten, sei es durch Ergänzung der Ausführungsordnung, sei es durch Erlass besonderer Bestimmungen, festzulegen.

2. Es sollte unterschieden werden zwischen dem Handeln von natürlichen und juristischen Personen in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt durch ihre Angestellten und der Vertretung von natürlichen und juristischen Personen in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt durch zur Vertretung berechnigte Personen, die besondere Voraussetzungen erfüllen müssen.
3. Die zur Vertretung vor dem Europäischen Patentamt berechtigten Personen können diese Vertretung ausüben, gleichgültig, ob sie freiberuflich oder ob sie im Angestelltenverhältnis tätig werden.
4. Natürliche und juristische Personen, die ihren Wohnsitz oder Sitz außerhalb der Vertragsstaaten haben, müssen sich von Anfang an, d.h. von der Eröffnung des Europäischen Patentamts an, durch eine zur Vertretung berechnigte Person vertreten lassen.

III. In der nachstehenden Synopse sind die Bestimmungen des Zweiten Vorentwurfs unter der Artikelnummer und mit dem Text des Dokuments BR/139/71 vom 6.12.71 wiedergegeben. Die Vorschläge des Vorsitzenden sind, soweit möglich, in die vom engeren Redaktionsausschuß der Regierungskonferenz ausgearbeitete Neufassung des Entwurfs (Dokument vom 29. März 1972) eingepaßt.

Was den Aufbau der Bestimmungen für die endgültige Regelung anlangt, so gehen die Vorschläge des Vorsitzenden entsprechend den Anregungen der internationalen Organisationen von folgender Reihenfolge aus:

Handeln ohne Vertreter	(Artikel 132)
Notwendige Vertretung	(Artikel 133)
Vertretungsberechtigte Personen	(Artikel 133a)

Für die Übergangszeit ist eine von der endgültigen Regelung abweichende Regelung vorgesehen nur für Artikel 132 Absatz 2 Satz 1 und für Artikel 133a Absatz 2. Daraus folgt u.a., daß die Bestimmungen des Artikels 133 sowie die Bestimmung des Artikels 133a Absätze 1, 3, 4, 6 und 7 von Anfang an anwendbar sind.

IV. Der Kern der Meinungsverschiedenheiten zwischen den internationalen Organisationen der Industrie und denen der Patentanwälte besteht nach Auffassung des Vorsitzenden in der Frage der sogenannten Gruppenvertretung, d.h. ob Angestellte einer juristischen Person in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt auch andere juristische Personen sollen vertreten können, die mit der ersten juristischen Person in be-

stimmten wirtschaftlichen Beziehungen stehen.

Die Vorschläge des Vorsitzenden sehen vor, daß für die Übergangszeit das nationale Recht anwendbar sein soll mit einer Ausnahme. Insoweit das nationale Recht eines Vertragsstaats gestattet, daß der Angestellte einer juristischen Person mit Sitz in diesem Vertragsstaat auch z.B. eine Tochtergesellschaft mit Sitz außerhalb der Vertragsstaaten vor der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz vertreten kann - soweit dem Vorsitzenden bekannt, sieht das gegenwärtige französische Recht eine solche Regelung vor -, gilt diese Regelung nicht für Verfahren vor dem Europäischen Patentamt. Der Vorsitzende hält diese Ausnahme vom nationalen Recht für erforderlich, weil andernfalls für bestimmte ausländische juristische Personen für die Übergangszeit eine Freiheit vom Vertretungszwang begründet würde, die mit Ablauf der Übergangszeit möglicherweise nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten wieder beseitigt werden könnte. Zum anderen ist dem Vorsitzenden nicht bekannt, daß die großen außer-europäischen Staaten vergleichbare Regelungen kennen oder bereit wären, diese einzuführen. Schließlich kann nach den Vorschlägen des Vorsitzenden in der Praxis auch während der Übergangszeit dadurch geholfen werden, daß die juristische Person mit Sitz in den Vertragsstaaten eine nach Artikel 159b vertretungsberechtigte Person als Angestellten einstellt.

Für die endgültige Regelung bleibt nach den Vorschlägen des Vorsitzenden das Problem der sogenannten Gruppenvertretung der Entscheidung des Verwaltungsrats überlassen

(vgl. Artikel 132 Absatz 3). Damit dürfte die für eine europäische Lösung dieses Problems noch erforderliche Zeit zum weiteren Studium und zur weiteren Diskussion gewährleistet sein.

V. Abschließend wird der Vollständigkeit halber darauf hingewiesen, daß

1. in Artikel 132 Absatz 2 Satz 2 auf die Ausführungsordnung wird verwiesen werden müssen, da der alte Artikel 155 nicht mehr im Übereinkommen enthalten ist,
2. Artikel 133a Absatz 3 Satz 2 zweckmäßigerweise in den Neunten Teil (Artikel 141 ff.) übernommen werden sollte und
3. zu Artikel 133a Absatz 7 eine korrespondierende Bestimmung in Artikel 31 eingefügt werden sollte,
4. es dem Redaktionsausschuß überlassen bleiben sollte, Teile der Vorschläge in die Ausführungsordnung zu übernehmen.

5  
stimmten wirtschaftlichen Beziehungen stehen.

Die Vorschläge des Vorsitzenden sehen vor, daß für die Übergangszeit das nationale Recht anwendbar sein soll mit einer Ausnahme. Insoweit das nationale Recht eines Vertragsstaats gestattet, daß der Angestellte einer juristischen Person mit Sitz in diesem Vertragsstaat auch z.B. eine Tochtergesellschaft mit Sitz außerhalb der Vertragsstaaten vor der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz vertreten kann - soweit dem Vorsitzenden bekannt, sieht das gegenwärtige französische Recht eine solche Regelung vor -, gilt diese Regelung nicht für Verfahren vor dem Europäischen Patentamt. Der Vorsitzende hält diese Ausnahme vom nationalen Recht für erforderlich, weil andernfalls für bestimmte ausländische juristische Personen für die Übergangszeit eine Freiheit vom Vertretungszwang begründet würde, die mit Ablauf der Übergangszeit möglicherweise nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten wieder beseitigt werden könnte. Zum anderen ist dem Vorsitzenden nicht bekannt, daß die großen außer-europäischen Staaten vergleichbare Regelungen kennen oder bereit wären, diese einzuführen. Schließlich kann nach den Vorschlägen des Vorsitzenden in der Praxis auch während der Übergangszeit dadurch geholfen werden, daß die juristische Person mit Sitz in den Vertragsstaaten eine nach Artikel 159b vertretungsberechtigte Person als Angestellten einstellt.

Für die endgültige Regelung bleibt nach den Vorschlägen des Vorsitzenden das Problem der sogenannten Gruppenvertretung der Entscheidung des Verwaltungsrats überlassen

(vgl. Artikel 132 Absatz 3). Damit dürfte die für eine europäische Lösung dieses Problems noch erforderliche Zeit zum weiteren Studium und zur weiteren Diskussion gewährleistet sein.

V. Abschließend wird der Vollständigkeit halber darauf hingewiesen, daß

1. in Artikel 132 Absatz 2 Satz 2 auf die Ausführungsordnung wird verwiesen werden müssen, da der alte Artikel 155 nicht mehr im Übereinkommen enthalten ist,
2. Artikel 133a Absatz 3 Satz 2 zweckmäßigerweise in den Neunten Teil (Artikel 141 ff.) übernommen werden sollte und
3. zu Artikel 133a Absatz 7 eine korrespondierende Bestimmung in Artikel 31 eingefügt werden sollte,
4. es dem Redaktionsausschuß überlassen bleiben sollte, Teile der Vorschläge in die Ausführungsordnung zu übernehmen.



Notwendiger Vertreter

---

Zweiter Vorentwurf

---

(1) Vorbehaltlich der folgenden Absätze ist niemand verpflichtet, sich vor dem Europäischen Patentamt vertreten zu lassen.

Artikel 132 (15<sup>4</sup> Abs. 1)

Handeln ohne Vertreter

---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

(1) Vorbehaltlich des Artikels 133 ist niemand verpflichtet, sich vor dem Europäischen Patentamt durch eine der in Artikel 133 a aufgeführten Personen vertreten zu lassen.

(2) Die natürlichen und juristischen Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten können in jedem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt durch einen ihrer Angestellten handeln. Der Angestellte bedarf einer Vollmacht nach Artikel 155<sup>7</sup>.

(3) In der Ausführungsordnung kann bestimmt werden, ob und unter welchen Voraussetzungen Angestellte einer juristischen Person nach Absatz 2 für andere juristische Personen mit Sitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten, die mit ihr wirtschaftlich verbunden sind, handeln können.

Notwendiger Vertreter

---

Zweiter Vorentwurf

---

(2) Die natürlichen und juristischen Personen, die weder Sitz noch Wohnsitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten haben, müssen sich in jedem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt vertreten lassen.

(3) Die in Absatz 2 genannten Personen können Handlungen mit Wirkung gegenüber dem Europäischen Patentamt mit Ausnahme der Einreichung einer europäischen Patentanmeldung nur durch einen Vertreter vornehmen; in der Ausführungsordnung können Ausnahmen zugelassen werden.

## Artikel 133 (154 Abs. 2 u. 3)

Notwendige Vertretung

---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

(1) Die natürlichen und juristischen Personen, die weder Wohnsitz noch Sitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten haben, müssen sich in jedem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt durch eine der in Artikel 133 a genannten Personen vertreten lassen.

(2) Die in Absatz 1 genannten natürlichen und juristischen Personen können Handlungen mit Wirkung gegenüber dem Europäischen Patentamt mit Ausnahme der Einreichung einer europäischen Patentanmeldung nur durch eine der in Artikel 133 a aufgeführten Personen vornehmen; in der Ausführungsordnung können Ausnahmen zugelassen werden.

Artikel 153 Abs. 1 und 5

Berufsmässiger Vertreter

---

Zweiter Vorentwurf

---

(1) Vorbehaltlich Absatz 5 kann die Vertretung natürlicher und juristischer Personen im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt nur durch natürliche Personen wahrgenommen werden, die in eine beim Europäischen Patentamt geführte Liste eingetragen sind.

Bemerkungen zu Artikel 153:

1. Der Staat in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat, muß rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen treffen, damit Vertreter, die Staatsangehörige eines anderen Vertragsstaats sind, in dem Staat, in dem das Amt seinen Sitz hat, einen Geschäftssitz haben können. Eine entsprechende Bestimmung des Übereinkommens soll noch ausgearbeitet werden.

Artikel 133 a (153 Abs. 1 und 5; im übrigen neu)

Vertretungsberechtigte Personen

---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

(1) Vorbehaltlich Absatz 6 kann die Vertretung natürlicher und juristischer Personen im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt nur durch natürliche Personen wahrgenommen werden, die in eine beim Europäischen Patentamt geführte Liste eingetragen sind.

(2) In die Liste kann jede Person eingetragen werden, die die folgenden Voraussetzungen erfüllt:

- a) die Person muß die Staatsbürgerschaft eines der Vertragsstaaten besitzen;
- b) die Person muß ihren Geschäftssitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten haben;
- c) die Person muß die europäische Eignungsprüfung bestanden haben.

Die Eintragung erfolgt aufgrund eines Antrags, dem die Bescheinigungen beizufügen sind, aus denen sich die Erfüllung der obengenannten Voraussetzungen ergeben muß.

(3) Die Personen, die in die Liste nach Absatz 1 eingetragen sind, sind berechtigt, vor allen Organen des Europäischen Patentamts aufzutreten. Sofern aufgrund eines besonderen Übereinkommens nach Artikel 141 besondere Organe im Europäischen Patentamt gebildet werden, kann das Vertretungsrecht der in der Liste nach Absatz 1 eingetragenen Personen vor diesen besonderen Organen durch das besondere Übereinkommen auf Personen beschränkt werden, die die Staatsbürgerschaft eines der Vertragsstaaten des besonderen Übereinkommens besitzen und ihren Geschäftssitz in einem dieser Vertragsstaaten haben.

(4) Jede Person, die in die Liste nach Absatz 1 eingetragen ist und ihren Geschäftssitz in einem anderen Vertragsstaat hat als den, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat, ist berechtigt, auch in dem letztgenannten Staat einen Geschäftssitz zu begründen.

(5) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann in besonders gelagerten Fällen von der Voraussetzung nach Absatz 2 Buchstabe a Befreiung erteilen.

---

Zweiter Vorentwurf

---

(5) Die Vertretung vor dem Europäischen Patentamt kann auch von jedem Rechtsanwalt, der in einem der Vertragsstaaten zugelassen ist und seinen Geschäftssitz in diesem Staat hat, in dem Umfang wahrgenommen werden, in dem er in diesem Staat die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts ausüben kann.

Zu Artikel 133 a (153 Abs. 1 und 5; im übrigen neu)

-2-

---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

(6) Die Vertretung vor dem Europäischen Patentamt kann auch von jedem Rechtsanwalt, der in einem der Vertragsstaaten zugelassen ist und seinen Geschäftssitz in diesem Staat hat, in dem Umfang wahrgenommen werden, in dem er in diesem Staat die Vertretung vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz ausüben kann. Absatz 3 Satz 2 dieses Artikels ist entsprechend anzuwenden.

(7) Der Verwaltungsrat ist befugt, Vorschriften über die Vorbildung und die Ausbildung zu erlassen, die eine Person besitzen muß, um zu der europäischen Eignungsprüfung zugelassen zu werden, über die Durchführung der europäischen Eignungsprüfung sowie über die Errichtung oder Anerkennung eines Instituts, das die nach diesem Artikel vertretungsberechtigten Personen umfasst.



## Artikel 159 a (neu)

## Handeln ohne Vertreter

---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

(1) Während einer Übergangszeit, deren Ende der Verwaltungsrat bestimmt, können in Abweichung von Artikel 132 Absatz 2 Satz 1 natürliche und juristische Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten in jedem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt in dem Umfang durch einen ihrer Angestellten handeln, in dem es das nationale Recht des Staats, in dem die natürliche oder juristische Person ihren Wohnsitz oder Sitz hat, für die Verfahren vor der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz zuläßt. Artikel 133 bleibt unberührt.

(2) Das Europäische Patentamt kann in jedem Einzelfall verlangen, daß ihm der Umfang des Handlungsrechts des Angestellten durch eine Bescheinigung der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz nachgewiesen wird.

## Artikel 153 Abs. 2, 3, 4

Berufsmäßiger Vertreter

---

Zweiter Vorentwurf

---

(2) In die Liste kann jede Person eingetragen werden, die ihren Geschäftssitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten hat und die gemäß einer Bescheinigung der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz dieses Vertragsstaats befugt ist, die berufsmäßige Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts vor dieser Behörde auszuüben. Die Eintragung erfolgt auf Grund eines Antrags, dem die obengenannte Bescheinigung beizufügen ist, aus der sich der Umfang der Vertretungsbefugnis ergeben muß.

(3) Unterliegt in einem Vertragsstaat die Vertretungsbefugnis nicht dem Erfordernis einer besonderen beruflichen Befähigung, so müssen die Antragsteller die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz dieses Staats mindestens fünf Jahre lang regelmäßig ausgeübt haben. Die Voraussetzung der Berufsausübung ist jedoch nicht für Personen erforderlich, deren berufliche Befähigung natürliche oder juristische Personen auf dem Gebiet des Patentrechts vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines der Vertragsstaaten zu vertreten, nach den Vorschriften dieses Staats amtlich festgestellt worden ist. Aus der Bescheinigung nach Absatz 2 muß sich ergeben, daß der Antragsteller eine der vorstehenden Voraussetzungen erfüllt.

## Artikel 159 b (153 Abs. 2, 3, 4)

Vertretungsberechtigte Personen

---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

(1) Während einer Übergangszeit, deren Ende der Verwaltungsrat bestimmt, kann in Abweichung von Artikel 133 a Absatz 2 jede Person in die beim Europäischen Patentamt nach Artikel 133 a Absatz 1 geführte Liste eingetragen werden, die die folgenden Voraussetzungen erfüllt:

- a) die Person muß die Staatsbürgerschaft eines der Vertragsstaaten besitzen;
- b) die Person muß ihren Geschäftssitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten haben;
- c) die Person muß befugt sein, natürliche oder juristische Personen auf dem Gebiet des Patentrechts vor der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz des Vertragsstaats zu vertreten, in dem die Person ihren Geschäftssitz hat.

Die Eintragung erfolgt aufgrund eines Antrags, dem Bescheinigungen beizufügen sind, aus denen sich die Erfüllung der obengenannten Voraussetzungen ergeben muß. Die Bescheinigung der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz nach Buchstabe c muß außerdem den Umfang der Vertretungsbefugnis vor dieser Behörde angeben.

(2) Unterliegt in einem Vertragsstaat die Vertretungsbefugnis nicht dem Erfordernis einer besonderen beruflichen Befähigung, so müssen die Antragsteller die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz dieses Staats mindestens 5 Jahre lang regelmäßig ausgeübt haben. Die Voraussetzung der Berufsausübung ist jedoch nicht für Personen erforderlich, deren berufliche Befähigung, natürliche oder juristische Personen auf dem Gebiet des Patentrechts vor der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines der Vertragsstaaten zu vertreten, nach den Vorschriften dieses Staats amtlich festgestellt worden ist. Aus der Bescheinigung nach Absatz 1 Buchstabe c muß sich ergeben, daß der Antragsteller eine der vorstehenden Voraussetzungen erfüllt.

Zu Artikel 153 Abs. 2, 3, 4

-2-

---

Zweiter Vorentwurf

---

(4) Die Vertreter, die in die Liste nach Absatz 1 eingetragen sind, dürfen vor dem Europäischen Patentamt die Vertretung nur in dem Umfang wahrnehmen, in dem sie gemäß der Bescheinigung nach Absatz 2 die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts in dem Vertragsstaat wahrnehmen können, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben.

---

Vorschlag des Vorsitzenden

---

(3) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann in besonders gelagerten Fällen von der Voraussetzung nach Absatz 1 Buchstabe a Befreiung erteilen. Der Präsident des Europäischen Patentamts kann ferner vom Erfordernis der fünfjährigen regelmäßigen Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts vor der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines Vertragsstaats nach Absatz 2 Satz 1 Befreiung erteilen, wenn der Antragsteller nachweist, daß er die erforderliche Befähigung auf andere Weise erworben hat.

(4) Personen, die ihren Geschäftssitz in einem Staat haben, der diesem Übereinkommen weniger als ein Jahr vor Ablauf der Übergangszeit nach Absatz 1 oder nach Ablauf der Übergangszeit beitrifft, können während einer Zeit von einem Jahr, gerechnet vom Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Beitritts des Staats an, in dem sie ihren Geschäftssitz haben, unter den Voraussetzungen der Absätze 1 bis 3 in die beim Europäischen Patentamt nach Artikel 133 a Absatz 1 geführte Liste eingetragen werden.

(5) Die Personen, die in die beim Europäischen Patentamt geführte Liste aufgrund des Absatzes 1 eingetragen sind, dürfen vor dem Europäischen Patentamt die Vertretung nur in dem Umfang wahrnehmen, in dem sie gemäß der Bescheinigung der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz nach Absatz 1 die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts in dem Vertragsstaat wahrnehmen können, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben.

(6) Personen, die gemäß den Absätzen 1 bis 4 in die beim Europäischen Patentamt geführte Liste eingetragen worden sind, bleiben auch nach Ende der Übergangszeit zur Vertretung vor dem Europäischen Patentamt berechtigt, ohne daß sie die europäische Eignungsprüfung nach Artikel 133 a Absatz 2 Buchstabe c abgelegt haben.

